

# BÄCKER ZEITUNG

Offizielles Organ  
des Verbandes der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands  
(Sitz Hamburg), Gr. Neumarkt 28, I.

Offizielles Organ  
der Central-Kranken- und Sterbe-Kasse der Bäcker u. Berufsgenossen Deutschlands  
(Sitz Dresden), Allengasse 12.  
Erscheint jede Woche Sonnabends. — Postzeitungsliste Nr. 1787a.

## Aberzu eine Beilage.

### Achtung! Bäckergefallen Deutschlands.

In Frankfurt a. M. will die Bäckermeister-Genossenschaft den Gehilfen, entgegen den Abmachungen beim vorjährigen Streik, einen neuen Arbeitsnachweis aufzwingen, über den die Gehilfen nichts mitzureden haben. Der bisher von unserem Verbands gemeinsam geführte Arbeitsnachweis ist durch verschiedene Manipulationen der Meister illusorisch gemacht worden.

Obgleich die Arbeitslosigkeit in unserem Berufe in Frankfurt größer ist als in irgend einer anderen Stadt, sind noch Werbepostel ausgesandt, um aus Süddeutschland junge Gehilfen nach Frankfurt zu locken, und scheint es, als wenn man darauf ausginge, den Gehilfen alle Erwerbenschancen vom Streik wieder illusorisch zu machen.

**Haltet deshalb den Zutug nach Frankfurt am Main fern!**

Der Verbandsvorstand.

### Achtung! Verbandsmitglieder!

Die Unterzeichneten, Vorstand und Ausschuss des Verbandes, sehen sich veranlaßt, den Mitgliedern und Verwaltungen der Mitgliedschaften folgenden, gemeinsam gefassten Beschluß zu unterbreiten:

„Zur Deckung der Unkosten des Verbandstages (nach dem Statut hat jezt die Hauptkassse die Delegationskosten zu tragen), wie zur Stärkung des Streikfonds — denn auch für dieses Jahr stehen uns eine Anzahl Lohnbewegungen und Streiks bevor —, ferner um den Verbandsvorstand in die Lage zu versetzen, besonders angesichts der drohenden Verschlechterung des Maximalarbeitstages die Agitation unter den uns noch fernstehenden Kollegen in intensiver Weise zu betreiben, sind im Februar und März pro Mitglied je 30 Pfg. Extrastener zu erheben.“

Dieselben werden im Mitgliedsbuch in den seitlich stehenden Rubriken für Streikbeiträge durch zwei Streikmarken à 30 Pfg. quittirt.

Der Ertrag dieser Extrastener ist voll an die Hauptkassse abzuliefern. Einzelmitglieder der Hauptkassse haben bei Sendung der Beiträge für Februar und März je 30 Pfg. mehr einzuschicken.

Die Mitgliedschaften haben den Ertrag dieser Marken auf den Abrechnungsformularen unter der Rubrik „An die Hauptkassse gefandt“ mit anzuführen. (Die Marken sind denjenigen Mitgliedschaften, welche nicht im Besitze von Streikmarken à 30 Pfg. sind, bereits zugesandt.)

Auf dem Verbandstage in München war beschloffen, vierteljährlich 20 Pfg. Extrastener zu erheben zur Deckung der Agitationsausgaben, Reiseunterstützung und Delegation zum Verbandstage. (Da ahnte jedoch noch kein Delegirter, daß die Agitation solchen Umfang annehmen würde.)

Durch die Extrastener hat die Hauptkassse im letzten Jahre 2279.60 Mk. eingenommen, ausgegeben wurden dagegen für Reiseunterstützung 1014.— Mk., für Agitation durch den Hauptvorstand 3642.61 Mk., für Agitation durch die Agitationskommission 2310.— Mk., Zusammen 6966.61 Mk. Also dreimal soviel als für diese Zwecke eingenommen, ist dafür verausgabt worden.

Infolge der Vergrößerung des Verbandes wird der nächste Verbandstag voraussichtlich von 45 Delegirten besucht sein und veranlaßt der Hauptkassse eine Ausgabe von 3200—3500 Mk. Um aber nach dem Verbandstage zu intensiver Agitation wie auch zu den voraussichtlich stattfindenden Lohnbewegungen gerüstet zu sein, darf die Hauptkassse nicht derartig geschwächt werden.

**Verbandsmitglieder! Außergewöhnliche Leistungen werden jezt von Euch verlangt, die ihre Ursache in der Bedrohung des winzigen bischen Bäckerschnepes haben, deshalb the jedes Mitglied seine Pflicht.**

Der Verbandsvorstand: D. Allmann, Vorsitzender. Der Ausschuss: Geinr. Gahner, Vorsitzender.

## Brotwucher-Politik.

Es war am 24. Februar 1895, als der Kaiser auf dem Brandenburgischen Provinziallandtage zu der Agitation der Agrarier, die Getreidepreise zu erhöhen, Folgendes erklärte: „Ich möchte aber dringend davor warnen, überspannte Hoffnungen zu hegen. . . . Kein Stand kann beanspruchen, auf Kosten der anderen besonders bevorzugt zu werden.“ Zu dem Freiherrn von Manteuffel äußerte der Kaiser bei dieser Gelegenheit: „Sie können mir nicht zumuthen, daß ich Brotwucher treibe.“ Damals waren sich Bundesfürsten und Minister darüber einig, daß eine Erhöhung der Getreidepreise nur von den ärmeren Schichten der Bevölkerung am schwersten empfunden würde, gerade diese würden sich dieser Steuer am

allerwenigsten entziehen können. Selbst die Agrarier waren nach den Ausführungen des Grafen Kanitz die allerhöchsten Gegner der Getreidezölle überhaupt, dieser erklärte am 29. März 1895: „Der Schutzzoll funktioniert nicht mehr. . . . Die festen Zollsätze haben ihre Berechtigung, wo es sich um die Steigerung des Preises von Waaren handelt, deren Angebot auf dem Weltmarkt keinen großen Schwankungen unterliegt. . . . Anders liegt es beim Getreide. Als der Getreidepreis 1890/91 auf 200 Mk. stieg, da war der Zoll überflüssig. Heute genügt der Zoll von 3.50 Mk. nicht. Dieser Mangel des festen Getreidezolls ist schon jezt empfunden worden.“

Die Agrarier, die vor fünf Jahren von der Unzweckmäßigkeit der Getreidezölle überzeugt waren, erklären heute, ohne eine Getreidezollerhöhung nicht auskommen zu können, ja, noch mehr, sie üben auf die Regierung ein wahres Erpressungssystem aus, damit diese zur Durchführung dieses agrarischen Hungerzölles thätkräftige Beihilfe leistet. Daß die Agrarier mit ihrer in geradezu prophiger Weise geltend gemachten Forderungen einen Erfolg gehabt haben, beweist uns die Erklärung des Reichszanklers im preussischen Abgeordnetenhause. Die von ihm im Namen der Regierung abgegebene Erklärung lautete: „In voller Anerkennung der schwierigen Verhältnisse, in welchem sich die Landwirtschaft befindet, und von dem Wunsche befeelt, die Lage derselben wirksam zu verbessern, ist die königliche Staatsregierung entschlossen, auf die Gewährung eines ausreichenden und deshalb entsprechend zu erhöhenden Zollsches für die landwirtschaftlichen Produkte hinzuwirken. Die königliche Staatsregierung ist ferner bestrebt, die Vorlage des neuen Zolltarifs in jeder Weise zu beschleunigen.“ Mit dieser Erklärung hätte dann der Reichszankler die Brodwucher-Politik zur offiziellen Politik der Regierung erhoben.

Die unbescheidene Forderung der nothleidenden Agrarier wurzelt nach dem Bekenntniß einiger Häuptlinge dieser, vor der ökonomischen Entwicklung verschwindenden Gesellschaftsklasse darin, die Getreidezölle von 3.50 Mk. auf 8 Mk. zu erhöhen. Nach ihrer Berechnung würde sich der Brodwucherbrauch um 4.50 bis 6 Mk. pro Kopf der Bevölkerung vertheuern, das wäre also für eine Familie von 5 Köpfen eine jährliche Mehrausgabe von 30 Mk. In Wahrheit beträgt aber bei einem jährlichen Getreideverbrauch pro Kopf von 200 Kg. der Zoltribut pro Kopf 16 Mk. und daher für die Familie nicht 30 Mk., sondern 80 Mk. jährlich. Dafür müßte ein Arbeiter je nach den Verhältnissen 4—6 Wochen arbeiten. Durch die schon immer mehr zunehmende Vertheuerung aller Lebensmittel will man jezt noch versuchen, das wichtigste Nahrungsmittel des Volkes, das Getreide, um 50 pZt. zu erhöhen, obgleich schon jezt tausende Familien jahraus jahrein am Hungertuche nagen. Dadurch würde eine noch größere Noth und Armut herbeigeführt, das hindert aber den „arbeiterfreundlichen“ Agrarier nicht, den Armen der Armen noch einen Theil ihres spärlichen Brotes vom Munde wegzufressen, damit sie, die nothleidenden Großgrundbesitzer ein desto besseres Wohlleben führen können.

Gegenwärtig heißt die Parole im Lager der Brodwucherer: „Erst die Hungerzölle, dann vielleicht den Kanal.“ In der Voraussicht, daß die Agrarier die Kanalvorlage bewilligen werden, versucht die Regierung, allen getreidezöllnerischen Wünschen gerecht zu werden. Die Konservativen und das Zentrum haben schon offen kundig ihre Abneigung gegen die Kanalvorlage kund gegeben, und damit wäre wohl die Annahme der Vorlage in Frage gestellt. Wenn die Junker mit Hilfe der Regierung die Getreidezollerhöhung durchsetzen, so wird die Regierung sich durch ihre große Bereitwilligkeit keine große Freude bereiten haben, den vor Allem werden die konservativen Parteien darauf hinarbeiten, die Vorlage zu zerstückeln und womöglich noch länger hinauszuschieben suchen.

Die „Edelsten und Besten“ der Nation, die bei jeder Gelegenheit bereit sind, die Interessen ihrer Klasse in rücksichtslosster Art und Weise zur Ausführung zu bringen, die jezt den Zeitpunkt gekommen sehen, wo anlässlich des Ab-

laufes der Handelsverträge ein Beutezug auf die Taschen der ärmsten Klassen unternommen werden kann. Eine Klasse die weniger aus Rücksicht auf die Regierung, sondern vielmehr aus patriotischem Gefühl zu der Regierung steht, wenn diese auch von sich behaupten kann, daß der Staat ein Interesse daran hat, die Klasse der Junker zu erhalten, welche die Beamten, die Verwaltung und Justiz, und für das Heer die Offiziere liefert, damit noch lange nicht dargethan ist, daß das Volk selbst durch die Bewilligung eines hohen Zoltributs zur Erhaltung dieser Klasse beitragen muß. Im Gegentheil, das Volk wäre froh, wenn das herrschende Junkerthum in Folge der ökonomischen Entwicklung verschwinden würde. Der Arbeiter hat auch keine Ursache, durch das Eintreten für einen Zollschoß diese Klasse noch künstlich zu erhalten, ihnen zu Liebesgaben zu verhelfen, wodurch das Einkommen der Junker um hunderte von Millionen gesteigert würde.

Immer wird von diesen Herren auf den Nothstand der Landwirtschaft hingewiesen und hauptsächlich auf die schlechten Verhältnisse der ländlichen Bevölkerung, ja, der Abgeordnete von Heubrand drohte sogar mit einem Rebellionen der Bauern für den Fall, daß den agrarischen Forderungen nicht genügt würde. Am 29. März 1895 äußerte der damalige Reichszankler Fürst Hohenlohe bei der Beratung des zweiten Antrages des Abg. Kanitz: „Daß die Betriebe bis 12 Hektar kein Getreide zu verkaufen haben, sondern meist noch Getreide kaufen müssen. Die 6 Gruppen (bis 12 Hektar) umfassen 4 Millionen Betriebe — 76 pZt. aller landwirtschaftlichen Betriebe. Rechnet man auf den Betrieb 3½ Personen, so handelt es sich hier um eine Bevölkerung von etwa 15 Millionen Menschen (bei einer gesammten landwirtschaftlichen Bevölkerung von 19 Millionen), die von der Erhöhung der Getreidepreise keinen Vortheil, ja, mit relativ wenigen Ausnahmen, sogar einen direkten Nachtheil durch die Vertheuerung ihrer Lebenshaltung haben werden.“ Daß man trotz alledem behauptet, die kleinen Landwirthe würden auch Vortheil von den Getreidezöllen haben, läßt erkennen, mit welchen Argumenten man in dem schutzzöllnerischen Lager arbeitet, die Thatfache läßt sich aber nicht hinweg leugnen, daß Millionen kleiner Landleute Getreide zukaufen, also jezt die erhöhten Preise mitbezahlen müssen.

Je größer die Leistungen von Kapital und Arbeit in der Produktion sich gestalten, desto zwingender ist die Nothwendigkeit, den Weltmarkt zu erweitern, und deshalb ist der Kapitalismus in allen Ländern der modernen Kultur aus seinem eigenen Wesen heraus gezwungen, zur Expansion zu schreiten, die Erweiterung des Marktes ist eine Konsequenz der kapitalistischen Wirtschaft. Eine solchen Entwicklung Widerstand leisten oder diese gar verzögern zu wollen, wäre gleichbedeutend mit der Verhinderung der ökonomischen Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft, denn die kapitalistische Gesellschaft kann nur auf dem Wege ihrer völligen Ausgestaltung auf den Punkt gelangen, wo sie sich selbst überwindet. Deshalb vertritt auch die Partei, der die große Mehrheit aller Klassenben den Arbeiter angehören, den Freihandel. Die Sozialdemokratie hat noch niemals etwas dagegen gehabt, daß der Kapitalismus darauf bedacht ist, die ganze Erdbugel seinem Schutze zu unterwerfen, sich zur vollendeten Internationalität zu entwickeln. Wir heißen nur nicht jedes Mittel gut, daß dazu in Anwendung kommt; wir verurtheilen das barbarische Unrecht der kriegerischen Weltmachtpolitik.

Wenn in Deutschland die Großgrundbesitzer und ein überwiegender Theil der Industriellen, sowie einige landwirtschaftliche und gewerbliche Kartelle, unter nicht zu verkennender Begünstigung der Regierung eine Schutzzollpolitik anstreben, die unter Umständen den deutschen Arbeitsmarkt von der Weltwirtschaft ganz abschließen könnte, so liegt es im Interesse der deutschen Arbeiterschaft, gegen eine solche Politik Front zu machen, denn diese bezweckt nur durch hohe Schutzzölle, den inneren Markt gegen das Ausland abzuschließen, um so ungehindert von jeglicher Konkurrenz des Auslandes den inneren Markt, den Interessenten der Aus-





Bäckermeister Eißfeld referierte am 12. Februar in einer öffentlichen Versammlung über: „Ist die Organisation der Bäckergehilfen zum Nutzen oder Schaden des Bäckergewerbes?“

Wagen i. B. Sonntag, den 3. Februar, fand im Restaurant „Eisenthal“ unsere Mitgliederversammlung statt.

Erding. Am 3. Februar hatten die Kollegen von Erding eine Fahrt nach Erding gemacht, um eine Besprechung mit den Erdingern Kollegen herbeizuführen.

Essen a. W. Am 10. Februar fand eine Mitgliederversammlung statt; anwesend waren u. a. die Kollegen Bartels-Wartenstein, Freiburger und Bader-Bömann.

Würzburg. Am Freitag, den 8. Februar tagte im Gasthaus „Zum Ochsen“ eine von weit über 100 Kollegen besuchte Versammlung.

Anträge

zu der am 8. April und folgende Tage in Mainz (Zurhalde, Schützengartenstraße) stattfindenden 17ten Generalversammlung des Bundes der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands.

Anträge zu stellen ist jedes Mitglied berechtigt, doch müssen dieselben, mit Namensunterzeichnung, wenn von Mitgliedern gestellt, vom Vorstand unterzeichnet, vier Wochen vor der Generalversammlung dem Vorsitzenden des Bundes zur Veröffentlichung im Fachorgan übergeben werden.

- 1. Nummern-Niesbaden. 1. Der monatliche Beitrag beträgt eine Mark, und wird durch Marken im Mitgliedsbuch quittiert.
2. Außerordentliche Beiträge dürfen nur in dringenden Fällen erhoben werden, dagegen ist der Vorstand verpflichtet, in Erwartung von Lohnbewegungen und dergleichen, Sammellisten an sämtliche Mitgliedschaften zu versenden.
3. In Anbetracht der sich mehrenden mochnischen Einrichtungen und der sich dadurch mehrenden Arbeitslosigkeit, sowie der verlorenen großen Arbeitsleistung ist im Interesse der Gesundheit der Bäckerarbeiter die Organisation verpflichtet, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln die zehntägige Arbeitszeit herbeizuführen.
4. Zusatzantrag zum Antrage des Verbandes...

verpflichtet werden, Quartalsberichte zur Veröffentlichung im Fachorgan bis spätestens den 15. des auf das abgelaufene Quartal folgenden Monats, dem Verbandsvorstande einzusenden; dieselben müssen enthalten: den Mitgliederbestand, die Zahl der für die Organisation gewonnenen und die aus denselben ausgeschiedenen Mitglieder, die Höhe der an die Hauptkasse eingehenden Beiträge, getrennt für Beitritte und Beiträge, sowie der freiwilligen Sammlung, die Zahl der stattgefundenen Versammlungen (öffentliche und Mitglieder-Versammlungen getrennt), sowie wichtige, die Allgemeinheit interessierende Ereignisse.

- 1. Gründung eines Nahrungsmitteleindustriearbeiterverbandes
2. Dieser Antrag wird als 4. Punkt der Verhandlungen des Verbandes eingeschaltet.
3. Stubbe-Damburg. Der Bericht der Generalversammlung ist in Broschürenform herauszugeben und jedem Mitgliede gratis zu verabsorgen.
4. Mitgliederschaft Lüneburg. Der § 9 erhält folgende Fassung: Der wöchentliche Beitrag beträgt 10 Pf. und wird durch Marken im Mitgliedsbuche quittiert.
5. Mitgliederschaft Würzburg. 1. Der Verbandstag möge die Arbeitslosenunterstützung fallen lassen und dafür eine Krankenunterstützung einführen.
2. Der Verbandstag wolle beschließen, eine einheitliche Monatsmarke einzuführen und alle Extrabeiträge weglassen.

Eingefandt.

An die Kollegen von Hagen und Umgegend. Kollegen! Die letzten Versammlungen geben wieder Anlaß zu Klagen über schlechten Besuch. Eine Ursache ist hier unter den Kollegen, daß man meint, die gute Sache der Organisation würde hier bald wieder still liegen.

Die Verhältnisse der Brotfabriken in Eiberfeld.

Um dem Wunsche des Herrn Bergmann vollständig nachzukommen, die Mißstände seines Betriebes zu veröffentlichen, übergeben wir dieselben theilweise der Öffentlichkeit, denn unter den angegebenen Schilderungen vermuthet er wahrscheinlich solche nicht. Was die Heberarbeit und das Logierwesen anbelangt, ist ja bereits genügend in Nr. 5 unserer Fachblätter erläutert worden.

Lübeck. Sonntag, 8. März, Nachmittags 3 Uhr. Mitgliederversammlung im Vereinshaus, Johannisstr. 50-52. Tagesordnung: 1. Unter Vorberathung und Anträge zu demselben. 2. Wahl eines Delegierten.

Wegen Erbschaftsregulierung wird der Bäckergehilfe Georg Gröschel, geboren zu Lännpodstadt (Bezirksamt Beutin) erucht, sofort seine Adresse an Unterzeichneten einzusenden, desgleichen werden alle Mitglieder, welche dessen Aufenthalt kennen, um diesbez. Mittheilung erucht.

Rosenheim (Bayern). Restaurant Frühlingsgarten. Berberge, Verbands- u. Bezirkslokal der Bäcker. Treffpunkt jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag. Besitzer: Josef Pöw.

Stuttgart. Gasthaus zum „Goldenen Löwen“ Am Marktplatz.

Verehrliche Bäckergehilfen! Der Unterzeichnete empfiehlt seine Fremdenzimmer zu billigen Preisen, Mittagstisch, sowie kalte und warme Speisen zu jeder Tageszeit. Freundlichem Besuch sieht entgegen. Christoph Häuser, Am neuen Rathhaus, Eichstraße 5. NB. Bäckerei liegt auf.

München. München. Café Mikado. Ecke Einlas, Ramford- und Müllerstrasse. Jeden Sonntag, Mittwoch und Freitag neuester Hauptsammelpunkt der Bäcker Münchens.

Bäcker-Einkaufsquelle. Winterüberzieher, Havelok und Joppen werden wegen vorgerückter Saison zum Selbstkostenpreis abgegeben. J. H. Bloch, München, Brunnstrasse 3/0, Eckladen.

Versammlungs-Anzeiger. Altona. Mitgl.-Vers. Mittwoch 6. März, Nachm. 4 1/2 Uhr, bei Eckhoff, Gr. Freiheit 58-60. Berlin. Doffentl. Vers. Dienstag, 12. März, im „Gewerkschaftshause“, Engelufer 15. Berlin. Mitgl.-Vers. Dienstag, 5. März, im „Gewerkschaftshause“, Engelufer 15. Bochum. Mitgl.-Vers. Sonntag 3. März, Nachmittags 4 Uhr, bei Förster, Marktplatz. Düsseldorf. Mitgl.-Vers. Sonntag, 24. Februar, Vorm. 11 Uhr, bei Marx, Ratingerstr. 30. Dortmund. Mitgl.-Vers. Sonntag 30. März, bei Mühlhauken, 1. Kampstr. 73. Gagen i. B. Doffentl. Vers. Sonntag, 24. Februar, im bekannten Lokal. Gamburg. (9. Bezirk Barmbeck). Doffentl. Vers. Mittwoch, 27. Februar, Nachm. 4 1/2 Uhr, in der „Säulenhalle“, Humboldtstraße 7. Gamburg (Grobhader). Mitgl.-Vers. Sonnabend, den 2. März, Abends 7 Uhr, bei Kammerer, Zeughausmarkt. Jhehoc. Doffentl. Vers. Mittwoch, 6. März, Nachm. 4 Uhr, bei Wiedhorst, Sandberg. Lüneburg. Extra-Mitgl.-Versamml. Sonntag, 3. März, Nachm. 3 1/2 Uhr, bei S. Wöhl, bei der Nikolaikirche 2. Lübeck. Mitgl.-Vers. Sonntag, 3. März, Nachm. 3 Uhr, im Vereinshaus, Johannisstr. 50. Neustadt a. d. O. Mitgl.-Vers. Donnerstag, 28. Febr., Nachm. 3 Uhr, im Gasthaus „Zur fröhlichen Badstube“. Plauenischer Grund bei Dresden. Doff. Vers. Sonntag, 24. Februar, Nachm. 3 Uhr, im „Deutschen Hause“, Botischoppel. Pirmasens. Mitgl.-Vers. Donnerstag, 27. Februar, im Gasthaus „Zur Traube“, Schloßstraße. Rosenheim. Mitgl.-Versamml. Sonntag, 24. Februar, im Gasthaus „Frühlingsgarten“. Stettin. Mitgl.-Vers. Sonntag, 3. März, Nachm. 4 Uhr, bei Voigt, Ritterstr. 7. St. Johann-Saarbrücken. Mitgl.-Versamml. Sonntag, 2. März, Nachm. 4 Uhr, im „Kaiserpal“, Hasenstr. 9. St. Asburg. Doffentl. Vers. Freitag, 1. März, Nachm. 3 Uhr, im Saale „Zur Sonne“, Eingang Helenengasse.

Für die Redaktion verantwortlich: D. Almann, Hamburg. St. Neumarkt 28. — Verlag von D. Almann, Hamburg. Druck von Fr. Meyer, Hamburg-Eilbek, Friedenstr. 4.

Zum nächsten Verbandstage.

Zur Arbeitslosenunterstützung

Haben sich jetzt neun Kollegen gemeldet; sechs dafür und drei dagegen. Zu bedauern ist dabei, daß dieselben sich meistens von ihren örtlichen Verhältnissen leiten lassen.

Der Kollege Altsch-Lüneburg führt bei seiner Befürwortung der Arbeitslosenunterstützung die Verbände der Maler und Buchdrucker an; dazu muß bemerkt werden, daß die Maler keine Arbeitslosen- sondern nur Krankenunterstützung bezahlen; die Buchdrucker haben einen Wochenbeitrag von 1.10 Mk. usw.

Werfen wir nun einen Blick auf die Gewerkschaften mit ausgebreiteten Unterstützungsweigen, so finden wir, daß dieselben prozentual bedeutend besser organisiert sind und durchschnittlich höhere Massenbestände aufweisen.

Ich bin deshalb der Ansicht, daß 5 Pfg. pro Woche für die Mitgliedschaften genügen, der Hauptvorstand hat in Fällen wie z. B. Breslau außerordentliche Zuschüsse zu gewähren, er muß aber auch das Recht haben, Mitglieder zu suspendieren, welche im Besitze hoher Massenbestände sind.

Rum will ich mich zu den Gegnern wenden. Da führt Kollege Stahl an, daß uns zunächst der Arbeitsnachweis, der noch ganz in den Händen der Innungsmeister sei, ein fast unüberwindliches Hindernis biete, auch sei die Kontrolle schwierig.

Die großen Zahlen im ersten Jahre und hinterher der Dales, wie sich der Kollege K. das ausmalt, machen mich keineswegs so bange, im Gegenteil, wir werden, wenn die Anzahlung beginnt und auch nach dem ersten Jahre der Auszahlung nicht mehr mit der chronischen Kränkeltiere zu rechnen haben.

Die Anregung vom Kollegen B. in Dresden, daß die Beiträge nicht hoch genug seien, um ein bezügliches „Experiment“ zu machen, steht auch auf recht schwachen Füßen und im Widerspruch mit seinen eigenen Ausführungen, später einmal die Unterstützung bei geringem Beitrage einzuführen.

Der Kollege Lang Sträßburg i. S. befürchtet, daß wir uns unläutere Elemente auf den Hals laden; die haben wir jederzeit gehabt und werden sie auch in Zukunft haben, und zwar entsprechend der Mitgliederzahl.

In der Diskussion über die Einführung der Arbeitslosenunterstützung möchte ich folgende Fragen mit anregen: 1. Wie können wir die Arbeitslosigkeit kontrollieren? 2. Wird der Beitrag von 30 Pfg. pro Woche und Mitglied ausreichen für die notwendigen zwei Beamten, ferner für die Arbeitslosenunterstützung, Rechtsschutz und Agitation, sowie die in Aussicht stehenden Lohnbewegungen?

Da bisher nur wenige Kollegen sich über die sehr reichhaltige, aber tief eingreifende Tagesordnung des nächsten Verbandstages geäußert haben, so werde ich mit meiner Ansicht nicht zurückhalten. Ich fange beim dritten Punkt an. Da wird vor allen Dingen den Zahlstellen zur Pflicht und die Erfüllung dieser durch die Thatsache davon abhängig gemacht werden müssen, in eine Lohnbewegung einzutreten.

Der Konditionenverband kommt für mich als Kampfesorganisation hier nicht in Betracht. Obzwar mögen auch die Kollegen ins Auge fassen, die sich mit artifizischer Geschwindigkeit über jegliche Bedenken hinwegsetzen.

Das Eintrittsgeld zu erhöhen, davor möchte ich warnen, denn bei den indifferenten Kollegen ist fast immer die erste Frage: Was kostet der Eintritt? Eine Beitragserhöhung ist auf alle Fälle erforderlich, ob wir da nun einen wöchentlichen Beitrag von 30 Pfg. oder bei dem jetzigen Beitrag eine Erhöhung der Extrafsteuer von 20 Pfg. pro Monat und des regelmäßigen Beitrags von 30 Pfg. pro Monat an Streikbeitrag zahlen, das kommt auf eins heraus.

Wir müssen auch bedenken, daß die Lohnbewegungen und Streiks große Summen Geldes erfordern; die notwendige Anstellung eines zweiten Beamten erfordert ebenfalls Geld, beides ist dringend nötig. Also lassen wir etwas tiefer in die Tasche. Wo da noch der Kollege Herpich die „höheren Gesichtspunkte“ finden will, ist mir bis jetzt noch ein Rätsel; er will es uns ja noch verrathen.

dieselbe zur Zufriedenheit aller Kollegen und zum Fortschritt unseres Verbandes erledigen.

Bei der Generalversammlung am 8. April wird in Mainz die Arbeitslosenunterstützung verhandelt werden. Nach den Berichten in unserer Zeitung wird dies jedenfalls der vielumstrittenste Punkt werden. Auch ich fühle mich gezwungen, meine Meinung dahin zu äußern.

Nun komme ich auf den Hauptpunkt: die Einführung derselben. Daß sie ohne Erhöhung der Beiträge nicht eingeführt werden kann, ist selbstverständlich, daß die größeren Städte mit großer Mitgliedschaft in dieser Beziehung mehr Erfolg aufweisen werden, finde ich auch leicht berechtigt.

Ich habe während meiner letzten Reise selbst zugehört, mit welcher armseligen Miene nicht unterstützungsberechtigte Arbeiter in den verschiedenen Gewerkschaftshäusern der Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung der verschiedenen Berufe zugehört haben.

Johann Lechner - Berichtsgaben. Karl Eigner - Bad Reichenhall.

Bericht über die Agitationstour durch den S. Gau.

Im Auftrage der Agitationskommission des S. Gau's unternahm ich eine Agitationstour durch Württemberg und Baden, welche am 8. Januar mit einer gut besuchten Versammlung in Heilbronn eröffnet wurde.

In Schw. Grund sollte am Mittwoch eine öffentliche Versammlung tagen. Da aber die dortigen Kollegen einen Tag vorher Ball gehabt hatten, beriefen dieselben keine Versammlung ein.

In Stuttgart konnte ich am Donnerstag, den 10. Januar vor einer gut besuchten Versammlung sprechen. Die Stimmung der Versammlung war eine gute zu nennen und konnte man allenthalben einen merkwürdigen Aufschwung der Bewegung am Platze bemerken.

Zu Echingen hatten sich zahlreiche Kollegen eingefunden und nahm auch die Versammlung einen befriedigenden Verlauf. Erfreulich ist dort, daß die älteren, in der Konsumbäderei arbeitenden Kollegen sämtlich organisiert sind und sich alle Mühe geben, um auch die gleichgültigen Kollegen noch heranzuziehen.

In Ulm waren dem Aufse, zur Versammlung zu kommen, ganze drei Mann gefolgt und ließ sich auch von diesen nach kurzer Ansprache keiner zum Beitritt zum Verband bewegen.

Die nächste Versammlung fand am Dienstag, den 13. Januar in Rosenheim statt. Die Versammlung war gut und ausschließlich von organisierten Kollegen besucht, nahm dieselbe einen befriedigenden Verlauf.

In Freising hatten sich sämtliche organisierten Kollegen zur Versammlung eingefunden. Die Kollegen von E. d. u. waren nicht erschienen, jedenfalls wegen der herrschenden Kälte und wegen des langen Weges (zirka 3 Stunden). Nach Schluß des Referates ließ sich ein Kollege in den Verband aufnehmen.

In Kempten, wo noch keine Spur von Organisation unter den Bädern vorhanden war, hatten sich eine größere Anzahl von Kollegen eingefunden. Zur Leitung der Versammlung hatte sich der Marktvorsteher eingefunden. Da die Versammlung um 6 Uhr noch etwas schwach besucht war, so wurde nach Eröffnung derselben von mir beantragt, dieselbe auf eine halbe Stunde zu vertagen. Der überwachende Beamte wollte dies nicht gestatten und schloß die Versammlung ab.

